

19. Wahlperiode

## Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Katalin Gennburg (LINKE)**

vom 25. Januar 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 26. Januar 2022)

zum Thema:

**Die Fassadenrekonstruktion des Humboldt Forums & extrem rechte Spender\*innen**

und **Antwort** vom 09. Februar 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 10. Feb. 2022)

Senatsverwaltung für Kultur und Europa

Frau Abgeordnete Katalin Gennburg (Linke)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19 / 10752

vom 25.01.2022

über Die Fassadenrekonstruktion des Humboldt Forums & extrem rechte Spender\*innen

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Die Schriftliche Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl bemüht, Ihnen eine Antwort auf Ihre Anfrage zukommen zu lassen und bat daher die Stiftung Humboldt Forum im Berliner Schloss um eine Stellungnahme, die in die Beantwortung eingeflossen ist.

Vorbemerkung der Abgeordneten:

Für die Fertigstellung der Fassadenrekonstruktion des neuen Humboldt Forums wurden durch den privaten Förderverein Berliner Schloss e.V. rund 105 Millionen Euro zusammengetragen. Hierdurch erhielten Privatpersonen, Unternehmen sowie Vereine und zivilgesellschaftliche Organisationen die Möglichkeit, sich an der Rekonstruktion des Berliner Schlosses zu beteiligen. Im Gegenzug wurde seitens der Stiftung Humboldt Forum allen Spendern ab einem Betrag von einer Million Euro ein Reliefmedaillon im Durchgang des Eosanderportals zugesichert.

Durch Recherchen von Wissenschaftler:innen und Journalist:innen ist bekannt geworden, dass sich unter den Spendern auch Personen befinden, die der extremen Rechten zuzuordnen sind. Die dahinterliegende Motivation der Spender läge darin, so der Architekt und Architekturtheoretiker Stephan Trüby, "Bühnenbilder für den politischen Rollback zu bauen" und Einfluss auf die Gestaltung des Stadtbildes zu nehmen. Es ist anzunehmen, dass sich unter den anonym verbliebenen Spendern weitere Personen der extremen Rechten befinden.

1. Sieht der Senat ein öffentliches Interesse an dem Sachverhalt der extrem rechten Spender\*innen gegeben?

Zu 1.:

Ja, ein öffentliches Interesse ist angesichts der breiten Berichterstattung und des Sachverhalts gegeben, zumal es sich auf eine Kulturinstitution richtet, die mehrheitlich mit öffentlichen Mitteln finanziert und unterhalten wird.

2. Wenn ja: Sieht der Senat rechtliche Möglichkeiten, die verbliebenen anonymen Spender der Öffentlichkeit zugänglich zu machen?

Zu 2.:

Der Senat hat keine rechtlichen Möglichkeiten, die verbliebenen anonymen Spendenden der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

3. Welche Vorkehrungen wurden seitens der öffentlichen Stiftung Humboldt Forum im Vorfeld getroffen, um zu verhindern, dass extrem rechte Akteure über Spenden Einflussnahme ausüben können?

Zu 3.:

Nach Kenntnis der Bundesregierung wurden Großspenden, das heißt solche von Personen oder Institutionen, die mehr als 100.000 Euro direkt an die Stiftung gespendet haben, von der Stiftung nur in Übereinstimmung mit der Spendenrichtlinie angenommen. Der Förderverein hat sowohl der Stiftung wie auch dem Stiftungsrat der Stiftung mehrfach versichert, dass das auch für die von ihm angenommenen Spenden zutrefte. Zudem besteht weder ein inhaltlicher noch gestalterischer Einfluss von Spendenden. Spenden dienen ausschließlich der Realisierung der Rekonstruktion der Fassaden, Höfe und Durchgänge sowie der sogenannten baulichen Optionen, wie Kuppel und Innenportale. Diese sind als Teil des Entwurfs von Franco Stella, der den Architekturwettbewerb 2008 gewann, von der Stiftung als Bauherrin in enger Abstimmung und im Einvernehmen mit Stiftungsrat und den zuständigen Bundestagsausschüssen (Haushaltsausschuss und Bauausschuss) ausgeführt worden. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hatte festgelegt, dass die sogenannten baukulturell bedeutsamen Optionen nur dann gebaut werden dürfen, wenn dafür Spenden bereitstehen. Die Spenden wurden vor der Ausführung der Arbeiten zweckgebunden vom Förderverein bereitgestellt.

4. Gab es seitens der Stiftung Humboldt Forum den Sachverhalt betreffende Absprachen mit dem Förderverein Berliner Schloss e.V.?

Zu 4.:

Die Stiftung und der Förderverein stehen in regelmäßigem Austausch.

5. Sieht der Senat die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Rückabwicklung von Spenden gegeben, die auf extrem rechte Akteure zurückzuführen sind?

Zu 5.:

Der Senat befürwortet im konkreten, jeweils zu prüfenden Einzelfall die Rückabwicklung einer Spende.

Gleichwohl ist die Rückzahlung einer Spende nach Auskunft der Stiftung Humboldt Forum nicht ohne weiteres möglich, da die Stiftung die Spende bereits ausgegeben hat, indem sie Baurechnungen bezahlt hat. Eine Verwendung von Spenden anderer Spendender für eine Rückzahlung ist nicht möglich, da diese Spenden mit der Auflage versehen sind, diese für die Baumaßnahme zu verwenden und nicht für die Rückzahlung der Spende einer/s anderen Spendenden. Zudem sind Spenden für die gemeinnützige Tätigkeit der Stiftung zu verwenden, was bei einer Verwendung für eine Rückzahlung nicht der Fall ist. Eine Rückzahlung könnte nur aus anderen Mitteln erfolgen. Aus Sicht der Stiftung kämen hierfür nur Zuwendungen von öffentlichen Mitteln in Betracht, die mit der ausdrücklichen Auflage versehen sind, diese für die „Rückzahlung“ zu verwenden.

Sofern die/der Spendende bereit ist, eine Rückzahlung zu akzeptieren, müsste die Stiftung vom Spendenden die Rückgabe der gegebenenfalls ausgestellten Spendenbescheinigung verlangen. Zudem wäre die Stiftung gehalten, das für die/den Spendende/n zuständige Finanzamt über den Vorgang zu informieren. Die Stiftung selbst müsste ihr Buchwerk und ihre ggf. die gegenüber dem für die Stiftung zuständigen Finanzamt abgegebenen Erklärungen korrigieren.

6. Sieht der Senat die Möglichkeit und Notwendigkeit eines Rückbaus von Reliefmedaillons gegeben, die Personen der extremen Rechten gelten?

Zu 6.:

Im Falle des aktuell einzig bekannten Spenders, der sich u.a. antisemitisch geäußert hat, ist dies auf Wunsch dessen Familie bereits geschehen. Sollten weitere Fälle bekannt werden, müsste das Entfernen der entsprechenden Spenderdrehung geprüft werden.

Berlin, den 09.02.2022

In Vertretung

Dr. Torsten Wöhlert  
Senatsverwaltung für Kultur und Europa